



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

**05.8473.02**

WSD/P058473  
Basel, 14. März 2006

Regierungsratsbeschluss  
vom 14. März 2006

## **Bericht zum Budgetpostulat Brigitte Hollinger betreffend Erhöhung Beitrag an Entwicklungszusammenarbeit**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom Mittwoch, 11. Januar 2006, das nachstehende Budgetpostulat betreffend dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Bis 2015 soll die Armut in der Welt halbiert, der Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wasser stark verbessert werden. Dies sind die Millenniums-Ziele, welche die Vereinten Nationen vor 5 Jahren erhoben haben. Im September 2005 wurde diese Absicht am UNO-Gipfel in New York nochmals bekräftigt.

Das Ziel soll mit einer massiven Erhöhung der Entwicklungshilfe, nämlich 0.7 % des Bruttozialprodukts erreicht werden. 2004 beläuft sich der Anteil der Schweiz auf 0.41 %. Viel zu wenig, und auch dies nur, weil mit einem unlauteren buchhalterischen Trick ein Teil der Asylkosten zur Entwicklungshilfe gerechnet wurden.

In der Entwicklungshilfe kann mit vergleichsweise kleinen Beträgen effiziente Hilfe geleistet werden. Und obwohl diese Hilfe in der Schweiz in der Regel Bundessache ist, würde es dem Kanton Basel-Stadt gut anstehen, wenn er seinen Beitrag zu Linderung der Not in den Entwicklungsländern von jetzt CHF 1'500'000.- um 10 % (CHF 150'000.-) auf CHF 1'650'000.- erhöhen würde.

Brigitte Hollinger, Doris Gysin, Urs Joerg, Lukas Labhardt, Urs Müller, Mustafa Atici, Brigitta Gerber, André Weissen, Markus Benz, Annemarie Pfeifer, Eduard Rutschmann, Hansjörg Wirz, Désirée Braun"

“

Wir berichten zu diesem Budgetpostulat wie folgt:

### **1. Ausgangslage**

Das Budgetpostulat Brigitte Hollinger möchte mit einer Erhöhung von 150'000 Franken das jährliche Budget für Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Basel auf 1,65 Mio. Franken erhöhen. Der Grosse Rat hatte sich am 19. November 2003 im Zusammenhang mit dem ordentlichen Kredit für die Entwicklungszusammenarbeit intensiv mit den dazugehörigen Fragen beschäftigt und sowohl Anträge auf Erhöhung, wie auf Kürzung abgelehnt. Mit GRB

03/46/33G hat der Grosse Rat auf der Basis dieser Ratsdebatte beschlossen, für die Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2004-2008 einen unveränderten, jährlichen Betrag von 1,5 Mio. Franken zu bewilligen. Mit der sachgerechten Verteilung des vom Grossen Rates bewilligten Kredites ist seit vielen Jahren eine vom Regierungsrat gewählte Kommission beauftragt. In diesem Gremium sitzen neun Personen mit einschlägiger Erfahrung aus dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, die auf Grund ihrer beruflichen Ausbildung und Erfahrung ein breites Spektrum verschiedener Fachgebiete abdecken. Die eingehenden Projektgesuche werden von der Kommission geprüft und entschieden und dem Regierungsrat zur abschliessenden Genehmigung vorgeschlagen.

## 2. Stellungnahme des Regierungsrates

Dem entwicklungspolitischen Begehren des Postulats ist aus der Sicht des Regierungsrates nichts entgegen zu halten. Wie bereits im Ratschlag vom 17. Juni 2003 zu diesem Thema breit dargelegt, bietet die weltweite entwicklungspolitische Situation unbegrenzte Möglichkeiten, Mittel für einschlägige Anliegen einzusetzen. Dabei ist die Unterstützung von Einzelprojekten, wie sie von der Kommission für Entwicklungszusammenarbeit Basel-Stadt praktiziert wird, lediglich eine von vielen entwicklungspolitischen Interventionen auf den verschiedenen bi- und multilateralen Ebenen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Schweiz weiterhin hinter den Millenniumszielen der Vereinten Nationen zurückgeblieben ist, wie dies zu Recht festgestellt wird. Ebenfalls zu Recht wird im Postulat darauf hingewiesen, dass Entwicklungshilfe in erster Linie eine Bundesangelegenheit darstellt.

Bei der letzten Verlängerung des Kredites im Herbst 2003 hatte der Regierungsrat diesen Budgetposten trotz der damals bereits angespannten finanziellen Situation in unserem Kanton in der damaligen Sparrunde "verschont" und sich explizit auf die langjährige entwicklungspolitische Tradition unseres Kantons berufen. Im gleichen Ratschlag hatte der Regierungsrat dargelegt, dass Basel-Stadt mit dem Beitrag von jährlich 1.5 Mio. Franken für Entwicklungszusammenarbeit im interkantonalen Vergleich zur absoluten Spitzengruppe gehört. Betrachtet man die aktualisierter Rangliste, wie sie uns vom Institut Universitaire d'Études du Développement IUED in Genf vorgelegt worden ist, so hat sich auch für die Jahre 2003 und 2004 nichts an dieser Situation verändert. Basel-Stadt liegt als kleiner Stadtkanton mit seinen Ausgaben bereits an dritter Stelle hinter Genf und Zürich.

### Beiträge von ausgewählten Kantonen (inkl. Gemeinden) an die Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2003 / 2004 in Tausend Franken

(Nur Entwicklungsländer, Osthilfe und Schwellenländer,)

	2004			2003		
	Kanton und Gemeinden	Kanton	Gemeinden	Kanton und Gemeinden	Kanton	Gemeinden
Genève	10'246	10'041	205	8'378	8'044	334
Zürich	2'577	2'458	119	3072	2'800	272
Basel-Stadt	1'813	1572*	241	1'783	1'578*	205

Bern	1'790	925	865	1'667	976	691
Basel-Landschaft	1'307	1'038	269	1'231	997	234
Vaud	1'113	1'085	28	1'153	1'091	62
Aargau	882	650	232	981	700	281
Zug	560	550	10	362	302	60
Fribourg	497	451	46	50	17	33
Ticino	438	428	10	243	242	1
Jura	413	400	13	354	342	12
Neuchâtel	335	315	20	448	305	143
Luzern	218	66	152	268	101	167
St. Gallen	211	200	11	501	390	111
Valais	199	187	12	74	52	22
Schaffhausen	154	90	64	175	90	85
Schwyz	129	83	46	88	5	83
Graubünden	123	82	41	124	82	42
Thurgau	102	101	1	100	90	10
Nidwalden	100	100	0	70	70	0
Solothurn	94	80	14	35	30	5
Appenzell A.Rh.	92	92	0	123	121	2
Obwalden	61	61	0	28	28	0
Uri	32	30	2	37	32	5
Glarus	0	0	0	0	0	0
Appenzell I.Rh.	0	0	0	0	0	0

\* nicht genau 1,5 Mio.: inkl. div. EZA-Beiträge Lotteriefonds und abzgl. Beiträge an Projekte im Inland  
(Quelle: Schweizerische Hilfe für Entwicklungsländer und Ostländer, Institut Universitaire d'Etudes du Développement, Genève)

Rechnet man diese Beträge auf die Bevölkerungszahlen hoch, dann ergibt sich für die sieben erstplazierten Kantone im Jahre 2004 folgendes Bild:

Kanton	Beiträge 2004 (Kt. und Gem.) in 1000 Franken	Bevölkerung*	Betrag pro Kopf 2004 in Franken
Genève	10'246	427'396	24
Zürich	2'577	1'261'810	2,04
<b>Basel-Stadt</b>	<b>1'813</b>	<b>186'753</b>	<b>9,75</b>
Bern	1'790	955'378	1,87
Basel-Landschaft	1'307	265'305	4,93
Vaud	1'113	647'382	1,72
Aargau	882	565'122	1,56

(\*Quelle Bundesamt für Statistik, Stand 31.12. 2004)

**Die Tabelle zeigt, dass Basel-Stadt im Jahre 2004 mit grossem Abstand zum drittplatzierten Basel-Landschaft an zweiter Stelle der Pro-Kopfbeiträge liegt, wobei dem Spitzenreiter Genf als europäischem Hauptsitz der Vereinten Nationen zweifellos eine Sonderfunktion zukommt.**

In die Beträge, die diesen Ranglisten der Kantone zu Grunde liegen, sind weitere Mittel unseres Kantons nicht einbezogen, die die Bilanz unseres Kantons sogar noch einmal deutlich verbessern. So werden in den kommenden zwei Jahren mit dem vom Regierungsrat bewilligten Ausbaukontingent von 300 kW für die Solarstrombörse maximal 10% des Ausbaukontingentes im Rahmen von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern realisiert werden. Die Kosten von maximal 300'000 Franken für die Realisierung dieser Anlagen gehen zulasten der IWB-Jahresrechnung / Bereich Solarstrombeschaffung und begründen ein zusätzliches Engagement des Kantons in der Entwicklungszusammenarbeit. Ebenfalls wurde für den Aufbau eines Vereins für einen breiten Austausch mit Tshwane / Pretoria ein Betrag von 85'000 Franken aus dem Kompetenzkonto für 2006 bereit gestellt. Ebenfalls nicht eingeflossen in die interkantonale Statistik sind die Beiträge des Amtes für Ausbildungsbeiträge, das seit 2001 jährlich 300'000 Franken für Stipendien an junge Menschen aus Ländern der Dritten Welt aufwendet. Und nicht zuletzt fehlen in der Statistik auch die Beiträge des Lotteriefonds für die Bewältigung humanitärer Notlagen nach Naturkatastrophen, die jährlich noch einmal mehrere Hunderttausend Franken betragen. Im Jahre 2003 wurden dafür 400'000 Franken gesprochen, im Jahre 2004 waren es 250'000 Franken. So wurden per saldo im Jahre 2003 also zusätzlich 700'000 Franken aufgewendet, im Jahre 2004 waren es 550'000 Franken. Die Zusatzaufwendungen werden sich in den kommenden Jahren mit den erwähnten Aktivitäten in einem ähnlichen oder sogar leicht vergrösserten Rahmen halten. Zählt man diese Mittel zusammen, so resultiert zusätzlich zum normalen Kredit für Entwicklungszusammenarbeit ein weiteres, beachtliches finanzielles Engagement für die Länder der Dritten Welt, das der Kanton aber nicht explizit unter der Bezeichnung "Entwicklungszusammenarbeit" ausweist.

Wie bereits im Jahre 2003 befindet sich der Kanton weiterhin in einer schwierigen finanzpolitischen Grosswetterlage, bei der im Rahmen der letztjährigen Sparrunde erneut über zum Teil schmerzhaft Reduktion von Ausgaben in zentralen staatlichen Bereichen entschieden wurde. Deshalb würde es der Regierungsrat angesichts der bereits namhaften Unterstützung für entwicklungspolitische und humanitäre Anliegen begrüssen, wenn der Grosse Rat jetzt auf die geforderte Budgeterhöhung verzichtet. Vielmehr sollte aus der Optik des Regierungsrates im Vorfeld für die nächste Kreditphase ab 2009 eine grundsätzlich Überprüfung der Kredithöhe ins Auge gefasst werden. Auf der Basis der Auswertung der dann zumal abgelaufenen Kreditfrist werden generelle Aussagen der Kommission zu der Quantität und Qualität der eingegangenen Projektgesuche die Bewertung der entwicklungspolitische Situation sowie der finanzpolitischen Situation unsres Kantons in wertvoller Weise ergänzen. Dann wird allenfalls über eine generelle Erhöhung des Beitrages im Rahmen der ordentlichen Kreditfrist zu entscheiden sein.

Auch wenn der Regierungsrat jetzt das Postulat aus den genannten Überlegung zur Ablehnung empfiehlt, möchte er erneut betonen, dass der Kanton Basel-Stadt im gesamtschweizerischen Vergleich bereits überdurchschnittlich viele Mittel für die Entwicklungszusammen-

arbeit aufwendet. An dieser traditionellen Politik will der Regierungsrat auch in den kommenden Jahren festhalten.

### **3. Antrag**

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, das Budgetpostulat Brigitte Hollinger betreffend Erhöhung Beitrag an Entwicklungszusammenarbeit abzulehnen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Barbara Schneider  
Präsidentin

Dr. Robert Heuss  
Staatschreiber